

Nr. 20/693

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes
Antrag der Fraktion der CDU
vom 1. Februar 2022
(Drucksache [20/1324](#))

Nr. 20/694

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 21. März 2022

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Zweiter Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Zweiter Medienänderungsstaatsvertrag) – Gesetz zum Zweiten Medienänderungsstaatsvertrag
Mitteilung des Senats vom 1. Februar 2022
(Drucksache [20/1326](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

2. 3. Jahresbericht
der Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung
vom 26. März 2021
(Drucksache [20/891](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 3. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz Kenntnis.

3. Stellungnahme des Senats zum 3. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung
Mitteilung des Senats vom 14. September 2021
(Drucksache [20/1103](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats zum 3. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz Kenntnis.

4. 3. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung und Stellungnahme des Senats
Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit
vom 21. Februar 2022
(Drucksache [20/1356](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

5. 15. Jahresbericht
der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit
vom 26. März 2021
(Drucksache [20/892](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 15. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit Kenntnis.
6. Stellungnahme des Senats zum 15. Jahresbericht der Landesbeauftragten
für Informationsfreiheit
Mitteilung des Senats vom 10. August 2021
(Drucksache [20/1069](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats zum
15. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit Kennt-
nis.
7. 15. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit und
Mitteilung des Senats
Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und In-
formationsfreiheit
vom 21. Februar 2022
(Drucksache [20/1357](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für
Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.
8. Gesetz zur Änderung des Bremischen Wohn- und Betreuungsgesetzes
(BremWoBeG)
Mitteilung des Senats vom 22. Februar 2022
(Drucksache [20/1367](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Le-
sung.
9. Neufassung des Bremischen Gesetzes zur Durchführung der Marktüber-
wachung von Bauprodukten
Mitteilung des Senats vom 1. März 2022
(Drucksache [20/1374](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Le-
sung.
10. Geschäftsbericht, Haushaltsrechnungen und Abschlussbericht Produkt-
gruppenhaushalt des Landes und der Stadtgemeinde Bremen 2019
Mitteilung des Senats vom 8. Dezember 2020
(Drucksache [20/746](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) erteilt dem Senat für das Haushaltsjahr 2019
Entlastung.
11. Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen: Jahresbericht 2021 – Land
– nach § 97 Landeshaushaltsordnung (LHO)
Bericht des staatlichen Rechnungshofs
vom 11. März 2021
(Drucksache [20/868](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Jahresbericht 2021 des Rech-
nungshofs der Freien Hansestadt Bremen Kenntnis.
12. Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Jahr 2019 (Mit-
teilung des Senats vom 8. Dezember 2020 (Drs. [20/746](#)) und Jahresbericht
2021 – Land – des Rechnungshofs vom 11. März 2021 (Drs. [20/868](#))
Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses
vom 3. März 2022
(Drucksache [20/1377](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen im Bericht des staat-
lichen Rechnungsprüfungsausschusses bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.

13. Änderung des Bremischen Gesetzes über die Juristenausbildung und die erste juristische Prüfung (JAPG) zur Erstreckung der individuellen Regelstudienzeit und der Freiversuchs-Bestimmungen auf das Wintersemester 2021/2022

Mitteilung des Senats vom 8. März 2022

(Drucksache [20/1383](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

14. Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes für Eigenbetriebe und sonstige Sondervermögen des Landes und der Stadtgemeinden

Mitteilung des Senats vom 8. März 2022

(Drucksache [20/1384](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

15. Zustimmungsgesetz zum Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen im Bereich der beiden EU-Fonds Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft und Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums sowie nationaler Fördermaßnahmen (Staatsvertrag EGFL/ELER HB-NI)

Mitteilung des Senats vom 8. März 2022

(Drucksache [20/1385](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

16. Zweiter Bericht der Bremischen Landesmedienanstalt über die Fortentwicklung der Bürgermedien gemäß § 45 Absatz 3 BremLMGt

Mitteilung des Senats vom 8. März 2022

(Drucksache [20/1386](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der Bremischen Landesmedienanstalt Kenntnis.

17. Bericht und Antrag über die 30. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC), virtuell abgehalten am 30. August 2021

Bericht und Antrag des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft vom 8. März 2022

(Drucksache [20/1389](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

18. Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen: Jahresbericht 2022 – Land – nach § 97 Landeshaushaltsordnung (LHO)

Bericht des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen

vom 10. März 2022

(Drucksache [20/1391](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Bericht an den staatlichen Rechnungsprüfungsausschuss.

19. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Behandlung von Petitionen durch die Bremische Bürgerschaft

Bericht und Antrag des staatlichen Petitionsausschusses

vom 14. März 2022

(Drucksache [20/1393](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

20. Fünfte Verordnung zur Änderung der Dreißigsten Coronaverordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2
Mitteilung des Senats vom 9. März 2022
(Drucksache [20/1390](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

21. Beteiligung der Bürgerschaft beim Erlass von Coronaverordnungen – 5.
Änderungsverordnung zur 30. Coronaverordnung
Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 16. März 2022
(Drucksache [20/1398](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

22. Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft – Regelung für die Durchführung von Videokonferenzen in Ausschüssen
Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 16. März 2022
(Drucksache [20/1399](#))

Die Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft in der Fassung des Übernahmebeschlusses vom 3. Juli 2019, die zuletzt durch Beschluss vom 9. Dezember 2021 geändert wurde, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 79 wird folgender § 79a eingefügt:

„§ 79a Durchführung von Ausschusssitzungen und Zulässigkeit von Videokonferenzen in außergewöhnlichen Fällen

(1) Die Sitzungen der Ausschüsse finden grundsätzlich in Präsenz statt.

(2) Soweit es technisch möglich ist, können Ausschusssitzungen in außergewöhnlichen Fällen, in denen ein Zusammentreffen des Ausschusses an einem Sitzungsort aus Gründen des Gesundheitsschutzes oder zur Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit der Bürgerschaft oder aufgrund äußerer, nicht kontrollierbarer Umstände erheblich erschwert ist, durch Zuschaltung aller Mitglieder im Wege einer Videokonferenz durchgeführt werden, wenn der Ausschuss es zuvor mit der Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder beschlossen hat.

(3) Sachverständige oder sonstige Auskunftspersonen können Sitzungen per Videokonferenz zugeschaltet werden.

(4) Bei Durchführung einer Sitzung nach Absatz 2 stimmen die Mitglieder des Ausschusses in entsprechender Anwendung des § 61 Absatz 4 und 5 nach namentlichem Aufruf durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden oder unter Nutzung technischer Mittel, wie zum Beispiel Umlaufverfahren oder Nutzung von Abstimmungsschaltflächen ab, die die Feststellbarkeit ihres Abstimmungsverhaltens gewährleisten.

(5) Journalistinnen und Journalisten sowie der Öffentlichkeit ist in entsprechender Anwendung von § 88 ein Zugang zu Videokonferenzen öffentlicher Ausschusssitzungen einzuräumen, soweit dies technisch möglich ist.

(6) Personen nach § 80 ist auf Verlangen, unter Nutzung eigener technischer Mittel, ein Zugang zu ausschließlich mittels Videokonferenztechnik durchgeführten Ausschusssitzungen einzuräumen.

(7) Die Absätze 1 bis 6 gelten entsprechend für Enquetekommissionen nach § 72“.

2. § 88a wird gestrichen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis

23. 4. Jahresbericht
der Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen Daten-
schutzgrundverordnung
vom 18. März 2022
(Drucksache [20/1403](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 4. Jahresbericht der Landes-
beauftragten für Datenschutz zur Beratung und Berichterstattung an den
Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfrei-
heit.

24. 16. Jahresbericht
der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit
vom 18. März 2022
(Drucksache [20/1404](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 16. Jahresbericht der Landes-
beauftragten für Informationsfreiheit zur Beratung und Berichterstattung
an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informa-
tionsfreiheit.

Nr. 20/695

Stärkung der Resilienz unserer wehrhaften Demokratie angesichts der russi- schen Aggression – uneingeschränkte Solidarität mit der Ukraine!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 3. März 2022
(Drucksache [20/1378](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/696

Solidarität mit der Ukraine – in Bremen, Deutschland und Europa

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 22. März 2022
(Drucksache [20/1415](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) verurteilt auf das schärfste den völkerrechts-
widrigen bewaffneten Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine,
die seit dem 24 Februar 2022 nicht nur Tod, Zerstörung und unfassbares
Leid verursacht hat, sondern bereits jetzt über 2,5 Millionen Menschen ge-
zwungen hat, aus der Ukraine zu flüchten. Die Bürgerschaft (Landtag)
steht solidarisch an der Seite der Ukrainer:innen, die ihre Heimat gegen
den Aggressor Wladimir Putin verteidigen. Es braucht einen sofortigen
Waffenstillstand, unbeeinträchtigte humanitäre Hilfe und einen Einstieg in
echte Friedensverhandlungen – und zwar sofort!
2. Die Bürgerschaft (Landtag) bewundert den Mut der vielen Russ:innen, die
trotz Repression und Verfolgung in vielen russischen Städten auf die
Straße gehen, um gegen den Krieg zu protestieren. Die Bürgerschaft
(Landtag) verurteilt das repressive Vorgehen der russischen Regierung ge-
gen diese friedlichen Proteste. Wir sind solidarisch mit denen, die in Russ-
land für das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit, für faire
Wahlen und für eine freie Zivilgesellschaft eintreten. Die Verbindung zu
diesen Kräften darf nicht abreißen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert Wladimir Putin als Oberbefehlshaber
der Streitkräfte der Russischen Föderation auf, die Resolution ES 11/1 der
Generalversammlung der Vereinten Nationen umgehend umzusetzen, die

Regeln des Kriegsrechts und des humanitären Völkerrechts, zum Schutz der Zivilbevölkerung, und hier insbesondere auch die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates (Frauen, Frieden und Sicherheit) einzuhalten, sowie die unbedingte Sicherung der kerntechnischen Anlagen in der Ukraine und das Funktionieren der lebenswichtigen Infrastruktur der Ukraine sicherzustellen, und die Versorgung der ukrainischen Bevölkerung mit Lebensmitteln und Medikamenten über humanitäre Korridore zuzulassen.

4. Des Weiteren fordert die Bürgerschaft (Landtag) Wladimir Putin als Staatsoberhaupt der Russischen Föderation auf, das Abkommen zur Verhütung von Atomkriegen vom 22. Juni 1973 zu respektieren und von weiteren Drohungen des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen abzusehen.
5. Die Umsetzung der Energiewende hin zu einem CO₂-neutralen Deutschland und Europa ist mit größter Priorität umzusetzen, nicht nur um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen, sondern auch um die Abhängigkeit und damit Erpressbarkeit Deutschlands und Europas von der Russischen Föderation schnellstmöglich zu beenden. Dies erfordert neben bedeutenden Investitionen insbesondere auch die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und Vorrangigkeit des Ausbaus von Solar- und Windkraftanlagen, sowie Energiespeichern und -netzen im überwiegenden öffentlichen Interesse. Der Ausbau von Netzen und Infrastruktur, sowie in der Übergangszeit der Beschaffung und Speicherung fossiler Energieträger soll möglichst europäisch koordiniert erfolgen (europäische Speicherreserve), um einem schädlichen Überbietungswettbewerb vorzubeugen. Eine Bevorratung für Krisenzeiten muss bedacht und organisiert werden. Die dringend erforderliche Beschleunigung der Energiewende rechtfertigt die Mobilisierung zusätzlicher finanzieller Mittel auf Bundes- wie auf europäischer Ebene. Zur Energiewende muss Bremen jetzt auch vorrangig die von der Klimaenquete ausgearbeiteten Maßnahmen wie u.a. Solardachpflicht, Ausbau von Fern- und Nahwärmenetzen, ÖPNV-Ausbau sowie Dekarbonisierung öffentlicher Gebäude und Wohnungsbaugesellschaften, beschleunigt umsetzen, um auch darüber die Unabhängigkeit von fossilen Energien schnellstmöglich zu realisieren.
6. Es entstehen erhebliche Kosten durch den Anstieg der Energiepreise, in Folge auch der Verbraucher:innen-Preise, durch die notwendigen Maßnahmen zur Bevorratung und durch die beschleunigte Energiewende. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die Kartell- und Regulierungsbehörden auf, die Preisanstiege der letzten Wochen daraufhin zu überprüfen, ob tatsächlich ausschließlich Steigerungen der Einkaufspreise an die Verbraucher:innen weitergegeben wurden. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Bund und das Land Bremen auf, zu prüfen, wie besonders Haushalte mit geringen Einkommen bei der Erbringung der gestiegenen Kosten unterstützt werden können. Dazu gehört auch eine Verlagerung eines Teils der öffentlichen Kosten in die Zukunft durch Kreditaufnahmen.
7. Die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und Einhaltung seiner Beistandspflichten im Rahmen der NATO darf nicht durch Fortsetzung der bisher ineffizienten Beschaffungsverfahren oder Investitionen in unausgereifte Waffensysteme gefährdet werden. Deutschland braucht eine moderne Berufsarmee, deren Bewaffnung den strategischen Vorgaben des Parlaments folgt. Deutsche Verteidigungspolitik muss zukünftig europäischer eingebettet sein. Die Sicherheit Europas ist nur mit gemeinsamen politischen Anstrengungen zu gewährleisten. Einer Wiedereinführung der Wehrpflicht oder der Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht erteilt die Bürgerschaft (Landtag) eine Absage.
8. Der Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Resilienz kritischer Einrichtungen (CER-Richtlinie 14262/20) muss zügig verabschiedet und umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang ist der Schutz der digitalen Infrastruktur vor Cyberangriffen

zu priorisieren. Die europäische Zusammenarbeit zwischen dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und anderen europäischen Behörden muss vertieft und institutionell abgesichert werden. Hierfür sollten geeignete Räumlichkeiten und Infrastrukturen in Bremen angeboten werden.

9. Freie Medien und faktenbasierte Informationsquellen: Die Verbreitung von Propaganda, Desinformation und Hetze im Netz untergräbt die Grundlage freier und demokratischer Gesellschaften. Der Desinformation muss wirksam Einhalt geboten werden. Für in der EU tätige Online-Plattformen und soziale Netzwerke müssen verbindliche Transparenzanforderungen definiert, KI-gestützte Frühwarnsysteme und Faktenprüfungen eingeführt und mittels Rechenschaftspflichten und Sanktionen durchgesetzt werden, wobei Meinungsfreiheit und Pluralität zu gewährleisten sind. Werden Verbote ausgesprochen, so sind diese zügig und konsequent durchzusetzen. Betreiber:innen müssen dazu angehalten werden, durch die Entfernung illegaler oder falscher Inhalte zur Bekämpfung von Falschmeldungen und anderen Versuchen zur Desinformation beizutragen. Die Verwendung von Algorithmen und Nutzerdaten für politische Kampagnen (micro-targeting) muss transparent gemacht werden. Regierungsseitige Eingriffe in die freie Medienlandschaft, wie sie insbesondere in Ungarn in den letzten Jahren zu beobachten waren, müssen von der Europäischen Kommission sanktioniert werden, notfalls unter Einsatz beziehungsweise Fortentwicklung des Europäischen Rechtsstaatsmechanismus.
10. Die völkerrechtswidrige Invasion Wladimir Putins hat seit Beginn des Kriegs über 2,5 Millionen Menschen aus der Ukraine, insbesondere Frauen und Kinder, gezwungen, ihre Heimat zu verlassen und Schutz in der Europäischen Union zu suchen. (Männliche ukrainische Staatsbürger zwischen 18 und 60 Jahren dürfen seit dem 24. Februar 2022 das Land nicht verlassen.) Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt vor diesem Hintergrund den Durchführungsbeschluss 6846/22 des Rates vom 4. März 2022, der das Bestehen eines Massenzustroms von Vertriebenen aus der Ukraine feststellt. Dadurch wird es den geflüchteten Menschen ermöglicht, vorübergehenden Schutz und in der gesamten Union harmonisierte Rechte in Anspruch zu nehmen, die ein angemessenes Schutzniveau bieten, wodurch die Gefahr einer Überlastung der Asylsysteme einzelner Staaten gemindert werden kann. Auch Menschen, die aus der Ukraine fliehen, aber keinen ukrainischen Pass haben, müssen unter diesen Schutzanspruch fallen, ebenso Soldat:innen. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die Bundesregierung und die anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf, die darin liegende Chance zur Weiterentwicklung hin zu einem echten und solidarischen Gemeinsamen Europäischen Asylsystem zu nutzen, das den Respekt der Genfer Flüchtlingskonvention und des New Yorker Protokolls, insbesondere des Grundsatzes der Nichtzurückweisung (non-refoulement) dauerhaft und überall in Europa sichert. Dazu gehören auch Mechanismen einer solidarischen Finanzierung, etwa mit Hilfe des europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF), in Verknüpfung mit den nationalen Sozialsystemen.
11. Die Bürgerschaft (Landtag) erkennt die umfangreichen Maßnahmen des Senats an, kurzfristig die Unterbringung und Versorgung der in Bremen eingetroffenen Geflüchteten aus der Ukraine sicherzustellen. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, Menschen, die in vielen Fällen nur das nackte Leben retten konnten, eine sichere und menschenwürdige Zuflucht in Bremen und Bremerhaven zu bieten. Hierfür muss der Senat mit Hochdruck, in enger Abstimmung mit Bundesregierung und der Seestadt Bremerhaven, die Bereitstellung von Flüchtlingsunterkünften und Versorgung, sowie die Verteilung der Geflüchteten auf die Kommunen organisieren. Die gesundheitliche Versorgung (Kostenübernahmeregelung

durch Bund und Länder) muss unmittelbar sichergestellt werden, einschließlich Impfangeboten, vor allem in Gemeinschaftsunterkünften, und psychologische Betreuung in Einzelfällen. Die Bereitstellung von schulischen Angeboten und Integration in Kinderbetreuungseinrichtungen sollte so schnell wie irgend möglich erfolgen. Angebote von Sprach- und Integrationskursen, sowie die Vermittlung in den regulären Arbeitsmarkt müssen mit hoher Priorität koordiniert und vorbereitet werden.

12. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, planerische, technische und personelle Maßnahmen zu prüfen, um Fähigkeiten, Meldewege und Abläufe des Zivil- und Katastrophenschutzes an die realen Herausforderungen anzupassen. Dazu zählen insbesondere der Ausbau des professionellen Krisenmanagements, Sirenen zur Warnung der Bevölkerung, Notstromsysteme, Zelte zur Notunterbringung, die Trinkwassernotversorgung, Satellitenkommunikation und eine Notversorgung zur Steigerung der Resilienz.
13. Gleichzeitig stellt die Bürgerschaft (Landtag) fest, dass auch in Deutschland lebende Personen mit einer (realen oder zugeschriebenen) Verbindung zu Russland angefeindet werden. Die Bürgerschaft (Landtag) verurteilt diese Übergriffe scharf. Im Namen der Solidarität mit der Ukraine darf es keine Beleidigungen und Stigmatisierungen, körperliche Angriffe und Sachbeschädigungen geben. Solche Taten widersprechen dem Ziel eines friedlichen Zusammenlebens und werden daher nicht hingenommen, sondern, wo erforderlich, mit den Mitteln des Rechtsstaats geahndet. Bremen und Bremerhaven sind weltoffene, friedliche Städte, die sich klar gegen jede Form von Nationalismus und durch ihn gerechtfertigte Gewalttaten, Verleumdungen und Beleidigungen wenden.
14. Auch in Zeiten von Krieg ist es wichtig, diplomatische Kanäle zu jeder Zeit offen zu halten. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die aktive Suche jeder Seite nach einer Lösung, die den Frieden in Europa wiederherstellt und den Ukrainer:innen ermöglicht, ihre Zukunft in einer Ukraine in sicheren, völkerrechtlich anerkannten Grenzen demokratisch selbst zu bestimmen.
15. Die Bürgerschaft (Landtag) bedankt sich bei allen Bürger:innen, Vereinen, Foren und anderen Organisationen, die sich aktiv in die Hilfe bei der Bewältigung dieser humanitären Katastrophe einbringen, für ihr vielfältiges Engagement. Dies soll von öffentlichen Stellen und Strukturen weiterhin in geeigneter Form unterstützt werden.

Nr. 20/697

Finanzpraxis in allen Ressorts überprüfen und Kontrollrechte des Finanzressorts ausweiten

Antrag der Fraktion der FDP
vom 11. Januar 2022
(Drucksache [20/1293](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/698

Gesetz über die Gewährung einer einmaligen Corona-Sonderzahlung im Jahr 2021 aus Anlass der Covid-19-Pandemie (Bremisches Corona-Sonderzahlungsgesetz – BremCoronaSZG)

Mitteilung des Senats vom 15. März 2022
(Drucksache [20/1395](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 20/699

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 27

vom 18. März 2022
(Drucksache [20/1405](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 20/700

Drittes Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Bestimmungen im Zusammenhang mit den Anforderungen aus der Corona-Krise

Mitteilung des Senats vom 8. Februar 2022
(Drucksache [20/1334](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 20/701

Drittes Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Bestimmungen im Zusammenhang mit den Anforderungen aus der Corona-Krise

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit
vom 22. März 2022
(Drucksache [20/1407](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

Nr. 20/702

Gesetz über die Landesantidiskriminierungsstelle

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 22. März 2022
(Drucksache [20/1410](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 20/703

Sechste Verordnung zur Änderung der Dreißigsten Coronaverordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2

Mitteilung des Senats vom 15. März 2022
(Drucksache [20/1397](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 20/704

Beteiligung der Bürgerschaft beim Erlass von Coronaverordnungen – 6. Änderungsverordnung zur 30. Coronaverordnung

Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vom 22. März 2022
(Drucksache [20/1413](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Nr. 20/705

Erste Verordnung zum Basisschutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 (Erste Corona-Basisschutzmaßnahmenverordnung)

Mitteilung des Senats vom 22. März 2022
(Drucksache [20/1416](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt, dass sie keinen Aufhebungs- oder Änderungsbedarf an der Ersten Corona-Basisschutzmaßnahmenverordnung sieht.

Nr. 20/706

Energiewende für alle – Balkonsolaranlagen fördern

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 23. März 2022
(Neufassung der Drucksache [20/1351](#) vom 16. Februar 2022)
(Drucksache [20/1418](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

vom 22. März 2022
(Drucksache [20/1411](#))

Der Änderungsantrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

1. sich beim Netzbetreiber Wesernetz dafür einzusetzen, dass ein weiter vereinfachtes Meldeverfahren (Formularblatt) und ein kostenloser Zählerwechsel (entsprechend Westnetz Trier) für den Betrieb von Solaranlagen zur Verfügung gestellt werden und dabei zu prüfen, ob und wie auf die Verpflichtung zur Installation von Energiesteckdosen oder einen Zählertausch verzichtet werden kann;
2. sich bei den Bremer Energieversorgern dafür einzusetzen, dass sie attraktive „Pauschalpakete“ (Module, Elektroarbeiten, bei Bedarf Zählertausch)

- für die Kund:innen anbieten, die an die Energieberatung beispielsweise bei der Verbraucherzentrale Bremen oder energiekonsens gekoppelt sind;
3. in Kombination mit Energiesparberatungen ein Pilotprogramm zur Bezuschussung der Anschaffung von Balkonsolaranlagen für Mieter:innen, insbesondere für Sozialleistungs- und Wohngeldempfänger:innen, sowie für Transferleistungsbezieher:innen, die in Wohneigentum leben, aufzulegen, damit diese sich die Anschaffung leisten und von den Stromeinsparungen profitieren können;
 4. bei den kommunalen Wohnungsgesellschaften in Bremerhaven und Bremen dafür zu sorgen, dass bei Neubauten und Sanierungen an den geeigneten Stellen („Sonnenstunden“) Energiesteckdosen installiert werden, sofern nicht ohnehin Photovoltaikanlagen an Fassaden oder Balkonen installiert werden;
 5. sich bei den Elektroinnungen Bremerhaven-Wesermünde und Bremen dafür einzusetzen, dass auch sie mit ihren Betrieben ein „Installationspauschalpaket“ entwickeln, das insbesondere bei den Energie-Checks beworben wird;
 6. der staatlichen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie binnen eines Jahres nach Beschlussfassung zu berichten.

Nr. 20/707

Einführung einer Bremer „FamilienCard“ – Kindern und Jugendlichen in Pandemiezeiten etwas zurückgeben

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 8. März 2022
(Drucksache [20/1380](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. eine FamilienCard im Land Bremen mit folgenden Parametern einzuführen:
 - a) Alle Kinder und Jugendliche im Land Bremen sind vom ersten bis 18. Lebensjahr bezugsberechtigt eine FamilienCard zu erhalten.
 - b) Das jährliche Budget beträgt 60 Euro für jedes Kind beziehungsweise jede:n Jugendliche:n.
 - c) Sie ist zunächst befristet auf eine Laufzeit von zwei Jahren.
 - d) Eine möglichst schlanke Organisation soll ermöglicht und soweit wie möglich auf bestehende technische Infrastruktur geplanter Akzeptanzstellen zurückgegriffen werden.
 - e) Nutzung an ausschließlich ausgewählten Akzeptanzstellen.
2. die zuständige Ressortverantwortlichkeit der Senatskanzlei zu übertragen.
3. mit einer zielgruppenorientierten Öffentlichkeitsarbeit in Form einer Social-Media-Kampagne die Einführung der FamilienCard entsprechend zu begleiten.
4. die Projektumsetzung und Einführung der FamilienCard bis zum Sommer 2022 zu realisieren. Der Bürgerschaft (Landtag) ist entsprechend über den Umsetzungsstand zu berichten.

Nr. 20/708

Benachteiligung von Kindern beim Impf- und Genesenenstatus beenden!

Antrag der der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, der SPD und der FDP

vom 22. März 2022

(Neufassung der Drucksache [20/1409](#) vom 22. März 2022)

(Drucksache [20/1414](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Status für alle Kinder unter 12 Jahren dem Status von als „vollständig geimpft geltenden Personen“ gleichgestellt wird;
2. der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung sowie der staatlichen Deputation für Gesundheit binnen zwei Monaten nach Beschlussfassung über die ergriffenen Maßnahmen und Ergebnisse zu berichten.

Nr. 20/709

Einsetzung eines Ausschusses für die nachhaltige Umsetzung und Kontrolle von Klimaschutzmaßnahmen und Zusammenlegung der staatlichen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierschutz mit der staatlichen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung zu einer staatlichen Deputation für Mobilität, Bau, Umwelt, Stadtentwicklung, Landwirtschaft und Tierschutz

Antrag der Fraktion der FDP

vom 17. März 2022

(Drucksache [20/1401](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/710

Umsetzung der Klimaschutzstrategie für das Land Bremen – Klimaausschuss jetzt einrichten!

Antrag der Fraktion der CDU

vom 17. März 2022

(Drucksache [20/1402](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/711

Einsetzung eines staatlichen Klimaausschusses

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

vom 17. März 2022

(Drucksache [20/1400](#))

- I. Die Bürgerschaft (Landtag) setzt gemäß Artikel 105 Absatz 1 der Landesverfassung einen ständigen Ausschuss zur Begleitung und parlamentarischen Kontrolle der Umsetzung der Empfehlungen der Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“ ein.

Der Ausschuss hat folgende Aufgaben:

1. Beratung der Umsetzung der von der Enquetekommission empfohlenen Maßnahmen und deren Wirkung
 2. Beratung, inwiefern das Gesamtklimaziel und die Zwischenziele für die Reduktion der Treibhausgasemissionen sowie die Sektorziele erreicht werden
 3. Beratung der Erreichung der weiteren Ziele anhand von Indikatoren
 4. Beratung von Maßnahmen zur Erreichung des Klimaziels, der Zwischenziele und der Sektorziele
- II. Die Bürgerschaft fordert den Senat auf, dem Ausschuss
1. quartalsweise über Fortschritte des Umsetzungsstandes der Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele,
 2. jährlich im ersten Quartal in Form eines Monitoring-Berichts zur Umsetzung der Strategien und Maßnahmen des Abschlussberichtes der Enquetekommission für das zurückliegende Kalenderjahr (Berichtsjahr),
 3. im Falle der Überschreitung der zulässigen Jahresemissionsmengen über die zusätzlichen beschlossenen Maßnahmen zu berichten und
 4. zur Wahrnehmung seiner Aufgaben weitere Erläuterungen, Berichte und Daten zur Verfügung zu stellen.

Der Ausschuss besteht aus 9 Mitgliedern und 9 stellvertretenden Mitgliedern.

Nr. 20/712

Situation in Kuba fordert zum Handeln auf

Antrag des Abgeordneten Peter Beck (BIW)
vom 6. Januar 2022
(Drucksache [20/1291](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/713

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag der Abgeordneten Thorsten Raschen, Christoph Weiss, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU:
„Landestourismusstrategie nur für die Stadt Bremen? Ressortstreit beenden und Rausschmiss Bremerhavens aus der Tourismusförderung sofort korrigieren!“;
2. auf Antrag der Abgeordneten Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE:
„Verbraucher:innen vor dramatisch steigenden Preisen schützen: Energiearmut verhindern, klimafreundliche Energien und Mobilität stärken“.

Nr. 20/714

Fragestunde

1. Solarüberdachung über bremischen Autobahnabschnitten
Anfrage der Abgeordneten Arno Gottschalk, Anja Schiemann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 17. Februar 2022
 2. Digitale Barrierefreiheit und mehrsprachiger Webauftritt der Jobcenter im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Birgitt Pfeiffer, Jasmina Heritani, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 17. Februar 2022
 3. Zukunft der Hundeausbildung und Interimslösung für Polizeibeamte
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 17. Februar 2022
 4. #wirwerdenlaut – Schüler- und Schülerinnenproteste in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 17. Februar 2022
 5. Wie begegnet der Senat den Belastungen und dem nachgewiesenen Verlust an Politikvertrauen bei Familien, Frauen und sozioökonomisch schlechter Gestellten im Land Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 17. Februar 2022
 6. Klimaschutzbericht 2021 der Bundesregierung
Anfrage der Abgeordneten Martin Michalik, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 18. Februar 2022
 7. Energiearmut in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 18. Februar 2022
 8. Spülen statt baggern – die richtige Entscheidung?
Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Thorsten Raschen, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 22. Februar 2022
 9. Pflanzengesundheitskontrolle im Hafen nicht am Wochenende?
Anfrage der Abgeordneten Thorsten Raschen, Susanne Grobien, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 22. Februar 2022
 10. Verwendung der Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Olaf Zimmer, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 23. Februar 2022
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
11. Gendergerechte und digital barrierefreie Sprache
Anfrage der Abgeordneten Birgitt Pfeiffer, Antje Grotheer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 7. März 2022
 12. Männergewaltschutz im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Antje Grotheer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 7. März 2022
 13. „Unterstützung im Alltag“ nach § 45a SGB XI für pflegebedürftige und pflegende Menschen
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Dr. Oguzhan Yazici, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 8. März 2022

14. Stand der Vorbereitungen zum Kita-Brückenjahr in Bremen und Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Christopher Hupe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10. März 2022
15. Aufnahmebereitschaft der Krankenhäuser im Meldesystem IVENA
Anfrage der Abgeordneten Ilona Osterkamp-Weber, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14. März 2022
16. Ausfinanzierung und Umsetzung von Konzepten zur Lehrkräfterekrutierung für Schulen in Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Christine Schnittker, Yvonne Averwerser, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 16. März 2022
17. Stellenbesetzung Klimaschutzmanagement an Bremer Hochschulen
Anfrage der Abgeordneten Philipp Bruck, Dr. Solveig Eschen, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. März 2022

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 20/715

22. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau an die Bürgerschaft (Landtag) über die Tätigkeit vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2019

Mitteilung des Senats vom 1. Februar 2022
(Drucksache [20/1328](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 20/716

Migrantische Repräsentanz in der Verwaltung: Bildet der öffentliche Dienst die Gesellschaft ab?

Große Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 1. Juni 2021
(Drucksache [20/995](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 13. Juli 2021

(Drucksache [20/1048](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/717

Für einen Öffentlichen Dienst, der die kulturelle Vielfalt der Gesellschaft abbildet

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 17. März 2022
(Drucksache [20/1406](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung von Diversity-Expert:innen mit Migrationsgeschichte, dem

Aus- und Fortbildungszentrum (AFZ), der Hochschule für Öffentliche Verwaltung, Expert:innen aus dem Netzwerk gegen Diskriminierung sowie der künftigen Landesantidiskriminierungsstelle einzusetzen, um die Arbeit der Diversity-Kommission beratend zu unterstützen. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sollen veröffentlicht, in allen Ressorts bei den zuständigen Personalabteilungen verbreitet sowie mit dem Ziel überprüft werden, ob ein „Aktionsplan zur Steigerung der Beschäftigten mit Migrationsgeschichte im Öffentlichen Dienst“ ein geeignetes Mittel zur Zielerreichung sein kann.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die ressortübergreifende Ausbildungskampagne „Du bist der Schlüssel“ weiter fortzusetzen und hierfür Kooperationen mit Schulen, Berufsschulen, außerschulischen Bildungseinrichtungen, Erwachsenenschulen, der Jugendberufsagentur, der Arbeitsagentur, dem Jobcenter oder dem House of Resources anzustreben.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die bereits beschlossene Optimierung der Bewerbungsprozesse weiter voranzutreiben.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, Diversity-Verantwortliche in allen Dienststellen gemäß des Diversity Management Konzepts zu benennen und zu prüfen, wie die Kenntnisse und Einschätzungen der:des Diversity-Verantwortlichen in Personalauswahlverfahren genutzt werden können.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, das Thema Diversity-Kompetenz verstärkt als Querschnittsthema in bestehenden Fortbildungsprogrammen, insbesondere in die für Führungskräfte, aufzunehmen.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, gesetzliche Vorgaben zu prüfen, ob eine quotierte Einstellungspolitik umsetzbar ist und das Potenzial hat, mehr Menschen mit Migrationsgeschichte den Einstieg in den Öffentlichen Dienst zu ermöglichen.
7. Bis Ende 2022 über die Umsetzung der weiteren Schritte zur Gewinnung von mehr Beschäftigten mit Migrationsgeschichte im Öffentlichen Dienst zu berichten.

Nr. 20/718

Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Bremen entwickeln!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. Juni 2020
(Drucksache [20/428](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/719

Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Bremen entwickeln!

Bericht und Antrag des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit
vom 31. August 2021
(Drucksache [20/1082](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. den Bericht über den Umsetzungsstand der Sustainable Development Goals (SDG) im Land Bremen – Indikatorenbericht – unter Beteiligung der

gesellschaftlichen Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft und unter Berücksichtigung der Beratungen der Enquete-Kommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“ innerhalb von sechs Monaten nach der Beschlussfassung zu erörtern und weiterzuentwickeln;

2. im Rahmen dieses Beteiligungsprozesses das Projekt SDG-eHaushalt weiter umzusetzen, indem Haushaltskennzahlen, anhand derer sich die bremischen Beiträge zur nationalen Umsetzung der Agenda 2030 darstellen lassen, zur Diskussion gestellt und Vorschläge entwickelt werden, das Projekt in geeigneter Weise mit laufenden Verwaltungsprozessen zu verknüpfen und zu verstetigen;
3. basierend auf dem weiterentwickelten Indikatorenbericht einschließlich einer Trendbewertung der Entwicklung einzelner Indikatorenwerte und den Haushaltskennzahlen der Bürgerschaft (Landtag) alle zwei Jahre einen Bericht zum Umsetzungsstand der Ziele nachhaltiger Entwicklung im Lande Bremen vorzulegen;
4. ein freiwilliges Zertifizierungsprogramm für außerschulische Träger der Bildung für nachhaltige Entwicklung mit den Betroffenen gemeinsam zu erörtern und zu prüfen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit Kenntnis.

Nr. 20/720

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Das letzte Jahr vor der Einschulung: KiTa oder Vorschulklasse?
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 6. Juli 2021
(Drucksache [20/1041](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 8. Februar 2021
(Drucksache [20/1335](#))
2. Licht ins Dunkel bringen: Gewaltstudie nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens auch in Bremen realisieren
Antrag der Fraktion der FDP
vom 22. März 2022
(Neufassung der Drucksache [20/1248](#) vom 25. November 2021)
(Drucksache [20/1408](#))
3. Rückgabe geraubter Kulturgüter aus kolonialen Kontexten
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 6. Dezember 2021
(Drucksache [20/1263](#))
4. Lebenslagen im Land Bremen – Dritter Bericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen – 2021 –
Mitteilung des Senats
vom 7. Dezember 2021
(Drucksache [20/1269](#))
5. Wissen kann schützen! – Frühzeitig Katastrophenbewusstsein schaffen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 3. Januar 2022
(Drucksache [20/1289](#))

6. Ridesharing-Angebote für „die letzte Meile“ schaffen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 11. Januar 2022
(Drucksache [20/1294](#))
7. Zur aktuellen Beschäftigungssituation und Lage der Beschäftigten im
Land Bremen
Große Anfrage SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 21. Dezember 2021
(Drucksache [20/1286](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 15. Februar 2022
(Drucksache [20/1347](#))
8. Neue Impulse für die Hafenpolitik im Land Bremen: Nachhaltige und zu-
kunftsorientierte Weiterentwicklung des Hafenstandorts Bremerhaven!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 25. Januar 2022
(Drucksache [20/1320](#))
9. Medienkompetenzförderung in Bremen und Bremerhaven
Gesamtstrategie und Bestandsaufnahme
Mitteilung des Senats vom 1. Februar 2022
(Drucksache [20/1331](#))
10. Clubs schützen und Lärmkonflikten vorbeugen – Einrichtung eines
Schallschutzfonds
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 8. Februar 2022
(Drucksache [20/1338](#))
11. Chancengerechtigkeit durch Zukunftsscouts an weiterführenden Schulen
erhöhen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 10. Februar 2022
(Drucksache [20/1342](#))
12. Elektroschrott vermindern, Handwerk stärken und Ressourcen schonen:
Reparaturoffensive für Bremen
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 15. Februar 2022
(Drucksache [20/1349](#))
13. Ist die Förderung besonders begabter Kinder im Land Bremen in allen
Stadtteilen ausreichend? Formen und Wirksamkeit der Begabungsförde-
rung auf dem Prüfstand
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 24. Januar 2022
(Drucksache [20/1317](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 8. März 2022
(Drucksache [20/1387](#))
14. Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention – Frauen und
Kinder vor Gewalt schützen
Mitteilung des Senats vom 1. März 2022
(Drucksache [20/1375](#))
15. Sexualisierte Gewalt: Gesellschaftspolitische statt kircheninterner Aufar-
beitung
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 8. März 2022
(Drucksache [20/1382](#))

16. Zusammenwirken von Schulen des Landes Bremen und der Bundeswehr im Bereich der politischen Bildung auf Grundlage eines Kooperationsvertrages institutionalisieren
Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. März 2022
(Drucksache [20/1392](#))
17. Diversitätssensible Jugendhilfe im Land Bremen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 15. März 2022
(Drucksache [20/1394](#))